

NACHRICHTEN

Fahrverbot wird missachtet

ENGELBERG red. In jüngster Zeit sei vermehrt festgestellt worden, dass das Fahrverbot unterhalb der Klosterkirche in Richtung Kirchenareal, Schulhaus und Turnhalle missachtet werde und Fahrzeuge vor dem Schulhaus oder der Turnhalle abgestellt würden, schreibt die Gemeinde. Das Missachten des Fahrverbotes wird mit einer Ordnungsbusse von 100 Franken geahndet. Die Polizei werde vermehrt kontrollieren.

Strafverfahren ist eingestellt

TITLIS map. Die Obwaldner Staatsanwaltschaft hat das Strafverfahren gegen die verantwortliche Person einer geführten Gruppe eingestellt, welche vor zwei Jahren in eine Lawine am Titlis verwickelt war.

«Wir konnten insbesondere keine Verletzung der Sorgfaltspflicht nachweisen», erklärte auf Anfrage die zuständige Obwaldner Staatsanwältin Sandra Christen. «Ausserdem konnte nicht mehr nachgewiesen werden, wer die Lawine letztendlich auslöste.»

Am 9. Dezember 2012 hat eine Lawine im Gebiet Laub am Titlis mindestens elf Personen erfasst, zwei Personen verletzten sich dabei mittelschwer. Der Niedergang ereignete sich abseits der markierten Pisten, der Lawinenkegel war rund 300 Meter breit und 800 Meter lang. Sieben der Verunfallten gehörten einer geführten Gruppe an. Ein 45-jähriger Schwede wurde mit mittelschweren Verletzungen durch die Rega ins Spital gebracht. Und ein 36-jähriger Mann begab sich mit leichten Verletzungen selbstständig in ärztliche Behandlung.

Aus Klage wird Unterstützung

STANS Bestandesregulierung über Brutpflege, anstatt Schwäne zu töten. Ein Komitee unterstützt nun die Nidwaldner Regierung mit einer Online-Petition.

PHILIPP UNTERSCHÜTZ
philipp.unterschuetz@nidwaldnerzeitung.ch

Man scheint sich zu finden. Nachdem Kritiker wegen des Abschusses von drei Schwänen der Nidwaldner Regierung anfänglich mit einer Klage gedroht hatten, fand mittlerweile ein Umdenken statt. Man hat erkannt, dass dem Kanton keine andere Wahl blieb, nachdem das Bundesamt für Umwelt (Bafu) aufgrund des geltenden Jagdgesetzes im Juni 2014 das Gesuch der Regierung abgelehnt hatte. Nidwalden wollte als bestandesregulierende Massnahme die Eier von Schwänen stechen. Zuerst müsse man versuchen, mit Einzelabschüssen der Lage Herr zu werden, hatte das Bafu in seinem Schreiben gefordert.

Neues Gesuch folgt zu Jahresbeginn

Nachdem die Abschüsse der drei Schwäne nichts gebracht haben, startet der Kanton einen zweiten Versuch. «In der ersten Januarwoche werden wir erneut ein Gesuch ans Bafu stellen, dass wir die Schwanenpopulation mittels Eierstechen regulieren dürfen», sagt Justiz- und Sicherheitsdirektorin Karin Kayser. Aber egal wie der Entscheid ausfällt, die Regierung strebt darüber hinaus eine grundsätzliche Änderung an, wonach Tierabschüsse erst eingesetzt werden dürften, wenn bestandesregulierende Massnahmen nichts bringen. Heute ist es umgekehrt. Dafür erhalten die Nidwaldner auch Unterstützung aus anderen Kantonen (siehe Ausgabe vom 16. Dezember). Und diese Haltung vertritt auch der Unter-

nehmer Thomas Bettermann, der die Regierung anfänglich kritisiert und mehrmals flächendeckende Massnahmen am ganzen Vierwaldstättersee gefordert hatte, um einen nachhaltigen Erfolg zu erzielen.

Petition soll helfen

Bettermann hat nun mit Ronald Joho, Inhaber der Kommunikationsagentur Akomag, das Komitee «Keine falschen Sch(L)üsse» gegründet (siehe Logo unten), welches der Regierung den Rücken stärkt. «Wir hoffen auf möglichst viel Unterstützung, damit ein Kompromiss möglich ist», erklärt Joho. «Tiere abzuschliessen oder gar nichts zu tun, sind beides Extremhaltungen. Wir müssen aber einen Weg finden, wie Mensch und Tier aneinander vorbeikommen.» Das Komitee unterstützt die Forderung, dass der Bund erlauben soll, die Schwanenpopulation in der Schweiz über die Brutpflege zu regulieren. «Das verlangt auch der Schweizer Tierschutz», schreibt das Komitee und verspricht: «Thomas Bettermann hat sich bereiterklärt, für allfällige Kosten aufzukommen. Die Ausrüstung, man habe kein Geld für alternative Massnahmen, gilt also nicht.» Seit gestern Abend ist die entsprechende Internetseite aufgeschaltet.

Komitee erwartet Schneeballeffekt

Auf der Webseite können sich Unterstützer registrieren und auch Kommentare abgeben. «Namen und Kommentare sind öffentlich sichtbar. Nachdem wir wegen der Abschüsse viele persönliche Briefe und Reaktionen erhalten

haben, können sich die Leute nun öffentlich äussern und die Petition unterstützen», sagt Joho. Mit der Webseite setzt der Kommunikationsprofi vor allem auf die elektronischen Medien. «Natürlich schreiben wir auch alle interessierten Organisationen wie beispielsweise Tierschutz oder Vogelwarte persönlich an, gestalten einen Flyer und kommunizieren über die Medien, aber vom Internet und den sozialen Medien wie Facebook oder Twitter erhoffen wir einen Schneeballeffekt.»

Dieser soll aus der regionalen Petition eine nationale Kampagne machen. Die Unterstützer – so hofft man – werden das Anliegen weiterverbreiten. Finanziell wird das Komitee vorerst von den Initianten Bettermann und Joho, insbesondere durch eigene Arbeitsleistung, getragen. «Wir überlegen uns aber, ein Spendenkonto einzurichten», sagt Joho.

Unterstützung ist willkommen

Regierungsrätin Karin Kayser ist auf Anfrage überrascht. Sie höre zum ersten Mal vom Komitee und der Petition. «Direkten Kontakt mit den Initianten hatte ich bisher nicht.» Aber es sei natürlich erfreulich, wenn die Regierung von der Öffentlichkeit im Bemühen unterstützt werde, das Bafu zu einer Änderung der geltenden Praxis oder zur Vorlage einer Gesetzesänderung zu bewegen. «Dass ursprüngliche Kritiker der Regierung einen Sinneswandel gemacht haben, zeigt aber auch, dass es sich gelohnt hat, offen und transparent über die Angelegenheit zu informieren und den Hintergrund der Abschüsse aufzuzeigen.»

HINWEIS

Weitere Infos zur Kampagne unter www.stop-schwanen-abschuss.ch



«Es hat sich gelohnt, den Hintergrund der Abschüsse aufzuzeigen.»

KARIN KAYSER, NIDWALDNER REGIERUNGSRÄTIN



«Von den sozialen Medien erhoffen wir uns einen Schneeballeffekt.»

RONALD JOHO, KOMITEE KEINE FALSCHEN SCH(L)ÜSSE



Die beiden Kantonsräte Markus Ettl (links) und Margrit Freivogel leiteten das Gespräch mit Hans Hess (Zweiter von links) und Karl Vogler.

Bild Robert Hess

«Die Verwaltung hat sehr grossen Einfluss»

OBWALDEN Das Beste für den Kanton herausholen, aber auch schweizerische Interessen vertreten, das wollen die zwei Bundesparlamentarier.

«Hans Hess ist seit 16 Jahren unser Mann im Stöckli», sagte CVP-Kantonsrätin Margrit Freivogel, die zusammen mit ihrem Parlamentskollegen Markus Ettl am Mittwochabend das «Persönlich im Gespräch – direkt aus dem Bundeshaus» moderierte. Rund 30 Frauen und Männer waren zum interessanten Gespräch mit Ständerat Hans Hess und Nationalrat Karl Vogler in den «Obwaldnerhof» gekommen.

Margrit Freivogel kam gleich zur Sache und wollte von FDP-Ständerat Hess wissen, wie man zu einem «derart gut

mit der Politik, Wirtschaft und Verwaltung vernetzten Bundesparlamentarier» wird. Der 69-jährige Hans Hess antwortete darauf trocken: «Da wird mir etwas unterstellt, ich mache einfach in Bern meine Arbeit, will für meinen Kanton das Beste, und in den 16 Jahren im Parlament habe ich einfach einige Leute kennen gelernt, was natürlich die Arbeit erleichtert.» Wichtig seien auch die Zusammenarbeit und das gute Einvernehmen mit der Verwaltung. «Denn diese hat einen sehr grossen Einfluss auf die Geschäfte.»

Genau in der Mitte und klar rechts

Seit 2011 vertritt das 58-jährige CSP-Mitglied Karl Vogler den Kanton im Nationalrat, wo er der CVP-Fraktion angehört. «Karl Vogler ist in dieser kurzen Zeit einer der aktivsten Nationalräte geworden», meinte Freivogel. «Ich wollte mich im Parlament von Anfang an engagieren und Akzente setzen, wo-

bei ich mich stets an der Sache orientieren will», so Vogler. Im Links-rechts-Ranking, so zeigte sich auf eine Frage von Co-Moderator Markus Ettl, steht Karl Vogler «genau in der Mitte», während der Zeiger bei Hans Hess klar in Richtung rechts ausschlägt.

Mehr als nur Kantonsvertreter

Für die Parlamentarier ist klar, dass sie sich in Bern stark für «ihren» Kanton engagieren. Sie wollen aber stets auch die nationalen Interessen im Auge behalten. «Ich wehre mich in der Diskussion beim nationalen Finanzausgleich», erklärte Hess, «gegen die Mentalität einzelner Kantone: Nehmt so viel wie möglich, solange es hat.» – «So kann es nicht weitergehen», sagte er und «hat Verständnis für den Unmut von Geberkantonen». Vogler ergänzte, dass beim NFA spätestens in acht Jahren eine Feinjustierung vorgenommen werden müsse.

Angesprochen wurde auch die Monstrerdebatte um die Energiestrategie 2050. «Ganze Berge von Unterlagen und Dokumentationen mussten vor der Parlamentsdebatte studiert werden», sagte Vogler, Mitglied der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (Urek). Klar ist für ihn, dass aus politischen und wirtschaftlichen Gründen kein weiteres AKW realisiert werden kann. Deshalb müsse die Energieeffizienz massiv verbessert und auf erneuerbare Energie gesetzt werden.

Kein Rezept haben die beiden gegen die Explosion der Gesundheitskosten. «Es kommen bei keinem andern Thema so viele und so gegensätzliche Anliegen, Zuschriften und Meinungen auf uns zu», meinte Hans Hess. «Jede Frau und jeder Mann will nach wie vor die beste Leistung im Gesundheitswesen», ergänzte Karl Vogler.

ROBERT HESS
redaktion@obwaldnerzeitung.ch

Basisschrift wird neue Schulschrift

NIDWALDEN red. Der Kanton Nidwalden führt für die Erst- und Zweitklässler die Deutschschweizer Basisschrift ein – ab dem Schuljahr 2016/17 freiwillig, ein Jahr später dann verbindlich, wie der Kanton schreibt. Die Basisschrift wird die weiteren Klassen und Stufen in den Folgejahren etappenweise erreichen. Nidwalden folgt damit der Empfehlung der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz. Die Basisschrift ist eine klare, schnörkellose Schrift, die es erlaubt, ökonomisch und zügig zu schreiben, heisst es weiter. Diese teilverbundene Schrift sei einfacher zu erlernen, als die unter der Bezeichnung «Schweizer Schulschrift» bekannte voll verbundene «Schnürlischrift».

Entwickelt hat die Basisschrift der Kanton Luzern. In den Luzerner Schulen werde sie schon seit mehreren Jahren erfolgreich angewendet, so die Mitteilung. Es stehe ein gutes, im Kanton Luzern bereits mehrfach erprobtes Lehrmittel zur Verfügung.

Obwalden führt die Basisschrift für die Erstklässler ab Schuljahr 2015/16 ein.

ANZEIGE

OPTIKOTT
Ganzheitliche Betreuung rund ums Auge
SARNEN, Lindenhof und Lindenstr. 2, optik-ott.ch